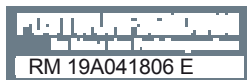


Spielberger



Nachrichten

Nummer 41, Oktober, 2019

Gemeindezeitung der KPÖ

KPÖ

Informationsblatt der steirischen KPÖ. Österreichische Post/AGPostengelt bar bezahlt RM 19A041806 E, Aufgabe: 8720

Lärmterror bis weit nach Mitternacht

Zusätzlich zu den fixen Campingplätzen wurden im Gemeinderat einzelne Flächen für temporären Campingplätze umgewidmet. Die KPÖ hat sich bei diesem Beschluss der Stimme enthalten. Hätten wir allerdings die Auswirkungen dieses Beschlusses geahnt, hätten wir sofort dagegen gestimmt.

Wir haben uns der Stimme enthalten weil wir der Meinung waren, wenn es Veranstaltungen in unserer Region gibt, sollte ein möglichst großer Personenkreis davon profitieren. Allerdings machte der Beschluss die Nutzung der Plätze fünf Tage vor und nach einer Großveranstaltung möglich. Gerechnet wurde mit fünf Veranstaltungen. Das ermöglichte also eine Nutzung an bis zu 50 Tagen im Jahr.

Zu dieser Flächenwidmungsplanänderung gab es Einwendungen von AnrainerInnen, die berechtigte Sorgen bezüglich des Lärms hatten. Für uns waren diese Einwendungen nachvollziehbar. Wir haben darauf vertraut, dass die verantwortlichen Entscheidungsträger und Behörden vernünftige Rahmenbedingungen festlegen werden um ein konfliktfreies Nebeneinander von Campingplatz-NutzerInnen und BewohnerInnen zu ermöglichen. Das war jedoch nicht der Fall.

Lärm bis 2 Uhr Nachts genehmigt
An mehreren Tagen hielt die Lärmbelastung durch die Campingplätze bis zwei Uhr in der Früh an. Einmal sogar mitten in der Woche. Mehrere SpielbergerInnen haben sich bei KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding bezüglich Dauer und Intensität des nächtlichen Lärms beklagt. GR Wilding hat sich bei der Bezirkshauptmannschaft beschwert. Dort teilte man mit, dass die Rahmenbedingungen von der Gemeinde festgelegt werden. Die Gemeinde hat eine von Campingplätzen und Festzelten ausgehende Beschallung bis 2.00 Uhr(!) in der Früh genehmigt.

Anzeigen als Lösung?

Im Laufe des Gesprächs wurde empfohlen die Be-



troffenen sollten Anzeigen erstatten. Anzeigen sind aber im Sinne einer guten Nachbarschaft eine schlechte Lösung. Außerdem, was soll man anzeigen wenn eine Genehmigung bis 2.00 Uhr vorliegt? Bei vielen Veranstaltungen im Freien ist es üblich die Nachtruhe ab 22.00 oder 23.00 Uhr zu verordnen. Es ist Aufgabe der Behörde von vornherein für den Schutz der Bevölkerung zu sorgen und nicht Aufgabe der Betroffenen ihre Nachtruhe durch Anzeigen durchzusetzen.

Wie kann die Gemeinde das verantworten?

Lärm ist eine arge Belastung und kann die Gesundheit gefährden. In den Nachtstunden sind die Folgen fehlender Ruhe noch gravierender. (Siehe auch Kommentar Seite 3). KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding hat in der vergangenen Gemeinderatssitzung die Anfrage gestellt warum die Gemeinde eine Lärmbelastung bis 2.00 Uhr genehmigt hat, wie man das gegenüber den BürgerInnen verantworten kann und welche Alternativen die Gemeinde für Menschen vorgesehen hat, die unter dem Lärm leiden und keine Möglichkeit zum Ausweichen haben. Der Bürgermeister notierte die Fragen, wahrscheinlich wird er sie in der nächsten Gemeinderatssitzung beantworten.

100 Prozent sozial - 0 Prozent käuflich

KPÖ

Jahreskarten müssen günstiger werden!

Um den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel attraktiv zu machen muss dieser gut ausgebaut und günstig sein. Das ist derzeit nicht der Fall.

So kostet die Jahreskarte für den Aichfeldbus derzeit 456 Euro. Dagegen kostet das Grazer Jahresticket nur 281 Euro. Eine Senkung des Preises des Aichfeldbuses auf diesen Betrag wäre eine Gleichstellung und ein Beitrag um eine Alternative zum Individualverkehr anzubieten.

Seit August dieses Jahres können Studierende das neue „Top-Ticket“ erwerben. Mit dieser Halbjahreskarte um 150 Euro können sie alle öffentlichen Verkehrsmittel in der ganzen Steiermark uneingeschränkt nutzen - von Anfang September bis Ende Februar sowie von Anfang März bis Ende August.

Öffentlicher Verkehr um 300 Euro
Dieses Ticket sollte eine Erweiterung erfahren. Das „Top Ticket für alle“ zum Jahrespreis von 300 Euro wäre ein weiterer Beitrag um den öffentlichen Verkehr attraktiver zu machen.

Antrag der KPÖ:
Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Spielberg möge beschließen:

1. Die Stadtgemeinde Spielberg wird sich dafür einsetzen, dass ein Modell ausgearbeitet wird, um die Kosten für eine Jahreskarte für den Aichfeldbus auf 281 Euro zu senken.
2. Mittelfristig spricht sich der Gemeinderat für ein „Top-Ticket“ zum Preis von 300 Euro für alle Steirerinnen und Steirer aus.

Grundsätzlich sind alle Maßnahmen umzusetzen, die die Menschen vom Individualverkehr hin zum öffentlichen Verkehr lenken und dazu beitragen die Klimaschutzziele zu erreichen. Deshalb haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung obenstehenden Antrag gestellt. Der Gemeinderat hat den Antrag einstimmig beschlossen. Das freut uns. Wir hoffen aber auf eine baldige Umsetzung Denn wer Klimaschutz ernst nimmt muss rasch Taten setzen.

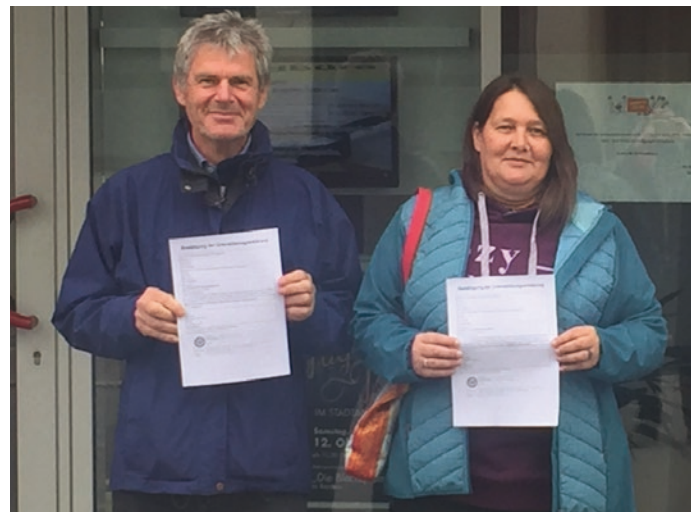
Verhandlungen bei den Kreditzinsen **Warum erst jetzt?**

Derzeit sind die Zinsen niedrig, außerdem gab es ein Urteil über die Weitergabe von Negativzinsen. Die Gemeinde hat eine private Beratungsfirma beauftragt Gemeindedarlehen zu überprüfen. Nun wurden einige Kredite zu besseren Bedingungen umgeschuldet. Die Gemeinde erspart sich dadurch einiges an Steuergeld

Die KPÖ hat aber bereits vor mehreren Jahren mehrmals darauf hingewiesen, dass die Stadtgemeinde Spielberg deutliche höhere Kreditzinsen bezahlt als unsere Nachbargemeinden Knittelfeld und Zeltweg.

Warum wurde man nicht schon damals aktiv? Durch Nachverhandlungen und Umschuldungen hätte sich die Gemeinde schon seit Jahren einiges an Geld ersparen können. Das jetzige Ergebnis zeigt, dass niedrigere Zinsen doch möglich sind. Außerdem stellen wir uns die Frage, warum man nun eine private Beratungsfirma verdienen lässt?

Klimavolksbegehren unterstützen!



Derzeit läuft die Einleitungsphase für das Klimavolksbegehren. Die Forderungen: Ein fundiertes CO2-Budget, klimafreundliche Maßnahmen belohnen und vergünstigen, Verkehr nachhaltig machen. Das Volksbegehren kann im Rathaus unterzeichnet werden. Die KPÖ-GemeinderätInnen Erich Wilding und Petra Lorberau waren bereits dort.

Sprechstunde
mit Sozialberatung
KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber
Mittwoch, 6. November
KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Einladung zum
KPÖ-Stammtisch
Reden, diskutieren, sich informieren
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
KPÖ-Parteiheim Knittelfeld, Friedensstr. 10,
ab 18.00 Uhr



Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Profit hat Vorrang vor Gesundheit und Lebensqualität

Stellen Sie sich vor, sie müssen morgen arbeiten, haben einen wichtigen Termin, eine Aufgabe die ihre volle Konzentration benötigt oder gar eine Operation auf der Aufgabenliste. Oder sie sind krank und bräuchten dringend Erholung.

Es ist bereits weit nach Mitternacht. An ihr Ohr dringt eine Auswahl rhythmischer Schlager und Popsongs in beachtlicher Lautstärke. Ganz nebenbei wird ein Feuerwerk entzündet. Nach 2 Uhr in der Früh wird es endlich ruhig. Aber weil sie vom Lärm und vom Ärger darüber aufgewühlt sind, können Sie erst gegen Morgengrauen etwas Schlaf finden.

Ein Szenario, dass AnrainerInnen rund um den Red-Bull-Ring heuer öfter erlebt haben. Und das nicht nur einmal, sondern an mehreren aufeinanderfolgenden Nächten. Möglich ist das, weil die Gemeinde die Rahmenbedingungen zum Betrieb von Campingplätzen und Festzelten so ausgestaltet hat, dass die Nachtruhe erst ab 2.00 Uhr in der Früh gilt.

Studien haben eindeutig festgestellt, dass bereits kurzfristiger Schlafentzug Körper und Geist beeinträchtigt. Wer 16 Stunden wach ist, hat ein Reaktionsvermögen, das einem Blutalkoholspiegel von 0,5 Promille entspricht. Nach 22 durchwachten Stunden verhalten wir uns wie mit einem Promille Alkohol im Blut hat der englische Schlafforscher Jim Horn herausgefunden.

Studien zeigen, dass Schlafdefizite nicht nur die Konzentrations- und Entscheidungsfähigkeit ein-

schränken. Schon ein Schlafmangel von nur einer Stunde verursacht mehr Unfälle ergab eine Untersuchung amerikanischer Experten für Verkehrssicherheit.

Wer übernimmt also die Verantwortung wenn eine Busfahrerin bis 2 Uhr wach gehalten wird und um 4 Uhr Personen transportieren muss? Wenn ein Bauarbeiter nach einer lärmbedingten schlaflosen Nacht um 6 Uhr aufs Gerüst steigen muss? Möchten sie von jemanden operiert werden der in der Nacht nur wenige Stunden geschlafen hat?

Die Lärmschutzempfehlung der Spielberger Gemeinde sieht z.B. berechtigterweise vor, dass lärm-belästigende Gartenarbeiten nur bis Samstag 18.00 Uhr ausgeführt werden dürfen. Geht es aber um Großevents und den damit verbundenen Profit, wird Lärm bis 2 Uhr in der Früh erlaubt.

Leider habe ich in den Jahren als Spielberger Gemeinderat die Erfahrung gemacht, dass bei SPÖ, ÖVP und FPÖ die Interessen von Wirtschaft und Profit im Zweifelsfall Vorrang vor den Interessen von BürgerInnen, AnrainerInnen und Umwelt haben, bedauert ihr...

KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com

Danke an die arbeitenden Menschen

Die Wirtschaft, die großen Parteien und viele Medien wollen uns seit Jahren einreden, dass wir dankbar sein müssen: Dankbar für die Arbeitsplätze, dankbar den Unternehmern, die in der Region Betriebe errichten.

Die KPÖ sagt: Niemand braucht für einen Arbeitsplatz dankbar sein. Denn der Lohn oder das Gehalt das wir bekommen, **müssen wir selbst erarbeiten.**

Investitionen die Firmen tätigen haben immer die arbeitenden Menschen erwirtschaftet. Ziel aller Investitionen ist es in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Profit zu erzielen. Die Arbeitsplätze die entstehen sind also niemals Selbstzweck. Jeder Arbeitsplatz muss Gewinn bringen - sonst ist er schnell wieder weg.

Nachdem Maximalprofit das Ziel ist, liegt es im Interesse jedes Unternehmers möglichst wenig Menschen zu beschäftigen. Leistungsdruck und Rationalisierungen stehen deshalb immer auf der Tagesordnung.

Damit Waren entstehen, transportiert und verkauft werden braucht es die menschliche Arbeitskraft. Ohne

KonstrukteurInnen, ArbeiterInnen und Angestellte in der Fabrik, ohne LastwagenfahrerIn oder LagerarbeiterIn, ohne Supermarktverkäuferin nutzt auch die beste Geschäftsidee nichts.

Auch das Risiko ist für die Arbeitenden ungleich höher. Sperren Betriebe zu, stehen die Menschen vor dem Nichts und sind in ihrer Existenz bedroht. Die meisten Unternehmer (hier meinen wir nicht Ein-Personen- oder Kleinstunternehmen) haben ihre Schäfchen vor einem Konkurs schon längst ins Trockene gebracht.

Die Reichen werden immer reicher. Weltweit gibt es Milliarden an Kapital für das Anlagemöglichkeiten gesucht werden. Dieser Reichtum stammt aus der Arbeit der arbeitenden Menschen. Der Reichtum entsteht dadurch, dass den Beschäftigten nicht der tatsächliche Wert ihrer Arbeit ausbezahlt wird. Ein Teil davon fließt als Profit oder Dividende in die Taschen der Unternehmer.

Der Dank der Gesellschaft sollte daher vor allem an die arbeitenden Menschen gerichtet sein.

KPÖ: Die Airpower 2019 sollte die letzte sein!

Bevor die Überlegungen für die nächste Airpower beginnen, ist jetzt der richtige Zeitpunkt das Ende der Airpower zu fordern. Deshalb haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung den Antrag gestellt, der Gemeinderat der Stadt Spielberg soll sich als Klimaschutzgemeinde dafür aussprechen, dass die Airpower 2019 die letzte gewesen ist.

Aus finanz-, umwelt-, energie- und friedenspolitischen Überlegungen sollen Bund und Land Steiermark aufgefordert werden keine Airpower mehr durchzuführen oder mit Steuergeld zu unterstützen. Unserem Antrag wurde die Dringlichkeit nicht zuerkannt, er wurde daher gar nicht behandelt.

Tagelanger Lärmterror

Die Airpower 2019 fand unter großer Lärm- und Umweltbelastung der Murtaler Bevölkerung statt. In der Bevölkerung mehren sich die kritischen Stimmen zu dieser Veranstaltung.

Von einer Flugshow geht auch ein nicht kalkulierbares Sicherheitsrisiko aus. In den letzten Jahren und Jahrzehnten gab es immer wieder folgenschwere Unfälle mit vielen Verletzten und auch Toten. Auch bei der Airpower 2019 ist ein Unfall mit einem Doppeldecker passiert. Der Vorfall ist eine Warnung davor, dass eine sichere Flugschau nicht machbar ist.

Luxusemissionen

Der Klimaexperte Gottfried Kirchengast sprach im Zusammenhang mit der Airpower von „Luxusemissionen“ die sich Österreich eigentlich nicht leisten kann und von einer verheerenden Symbolik. Auch die Klimaforscherin Prof. Drin. Helga Kromb-Kolb spricht sich dafür aus „nicht essenzielle Emissionen“ wie die Airpower zu vermeiden.

Klimaschutzgemeinde und Ja zur Airpower?

Spielberg ist Klimaschutzgemeinde. Im Rechnungshofbericht über die Airpower 2013 wurde festgestellt, dass das Bundesheer für die Airpower Treibstoff im Wert von 450.000(!) Euro angeschafft hat. Bei der Airpower 2019 wird kaum weniger Kerosin in die Luft geblasen worden sein

Wie glaubwürdig kann man in Sachen Umwelt- und Klimaschutz sein, wenn man es nicht wagt gegen eine Veranstaltung wie die Airpower die Stimme zu erheben? Die Airpower wäre sehr schnell abgestellt, wenn niemand daran verdienen würde. Geht es aber um Profite wird Umweltschutz schnell zur Nebensache.

Die KPÖ hat bereits im März dieses Jahres einen Antrag gegen die Airpower gestellt. Damals wurde der Antrag mit dem Argument es sei bereits zu spät um sich gegen die Airpower auszusprechen abgelehnt. Diesmal wurde nun gesagt es sei zu früh. **Wir fragen SPÖ, ÖVP und FPÖ: Wann ist es Zeit Klimaschutz ernst zu nehmen?**

Rüstung: Klimakiller Nummer Eins Rüstungsindustrie,

Kriege und Militär gehören weltweit zu den stärksten Klimakillern. Laut einer britischen Studie produziert allein die US-Armee mehr CO₂ als Staaten wie Schweden oder Portugal. Zudem erhöht der Klimawandel die globale Kriegsgefahr. Eine Waffenschau, die wie die Airpower als Familienveranstaltung inszeniert wird, kann nicht zeitgemäß sein.

Peacehour statt Airpower



In der Woche vor der Airpower haben SJ, Grüne-Murtal und KPÖ unter dem Motto „Peacehour statt Airpower“ eine sehr gut besuchte Gegenveranstaltung durchgeführt.

Die bekannte Klimaforscherin Dr. Prof.in. Helga Kromb-Kolb legte in ihrem Vortrag dar, dass uns - wenn nicht rasch gehandelt wird - eine Klimakatastrophe bevorsteht. Der Klimawandel findet statt. Damit die Auswirkungen für die Menschheit einigermaßen erträglich bleiben braucht es massive Veränderungen.

Wir brauchen Nachhaltigkeit, Regionalität und einen neuen Lebensstil, der auf die Bedürfnisse von Mensch und Natur ausgerichtet ist. Diese Veränderungen seien im derzeitigen Wirtschaftssystem nicht möglich, deshalb müsse es überwunden werden.



Spielberger Nachrichten

Herzlichen Dank

Einige SpielbergerInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

Sanierung Birkachweg verschoben



Wir haben im Gemeinderat schon öfter darauf hingewiesen, dass der Birkachweg in einem sehr desolaten Zustand ist. Die für heuer geplante Sanierung wurde verschoben und ist nun für das nächste Jahr geplant.

Sorge wegen Asbestdeponie

In Fisching wird eine Deponie für verschiedenste Abfallstoffe geplant. Ein großer Teil der Deponie soll auch für Asbestabfälle zur Verfügung stehen.

Viele Menschen sind darüber besorgt und es regt sich Widerstand. Die Gemeinden Weißkirchen, Zeltweg und Spielberg haben sich gegen die Deponie ausgesprochen.

Informationen fehlen!

Viele BürgerInnen beklagen die mangelnde Information. So wurde von den Projektbetreibern bisher lediglich der Weißkirchner Gemeinderat in einer vertraulichen(!) Sitzung über das Vorhaben informiert.

Es ist aber die Murtaler Bevölkerung, die mit einer möglichen Deponie leben muss. Daher hätte die Firma Rohrdorfer die Verpflichtung umfassend zu informieren. Es ist auch Aufgabe der Politik diese Informationspflicht von der Firma einzufordern.

Aus dem Gemeinderat

Sanierung Gehweg Laing

Die Arbeiten für die Sanierung des Gehwegs Laing wurden um eine Auftragssummen von rund 46.600 Euro an die Firma Porr vergeben. Für Hangsicherungsmaßnahmen wurde die Firma Rauter mit einem Auftrag im Wert von rund 47.600 Euro beauftragt

Geschirrwaschautomat

ÖVP-Vize. BGM Bernd Liebming hat einen Antrag gestellt der Abfallwirtschaftsverband solle, um Plastikwegwerfgeschirr zu vermeiden, einen Geschirrwaschautomat anschaffen. Dieser könnte dann verschiedenen Veranstaltern zur Verfügung gestellt werden. Eine gute Idee.

Impressum: Medieninhaber,
Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg,
Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d.
Inhalt verantwortlich: Erich Wilding. Druck:
Gutenberghaus, Knittelfeld.



Weitere Betriebsansiedelungen auf der grünen Wiese

Der Gemeinderat hat beschlossen die gesamte Fläche im Anschluss an die „Playword“ bei der Autobahn in Industriegebiet umzuwidmen. Man wollte in der Lage sein, eine große einheitliche Fläche anbieten zu können, falls es einmal zu einer größeren Betriebsansiedelung kommen sollte.

Dann wurde eine Teilfläche dieses Areals für die Errichtung eines Autohauses umgewidmet. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde ein weiteres Teilstück herausgelöst und umgewidmet. Dort soll ein Auslieferungslager und ein Verkaufsshop der Firma „Casa Bugatti“ entstehen. Die KPÖ hat gegen beide Umwidmungen gestimmt.

Zum einen widersprechen diese Umwidmungen dem ursprünglichen Gedanken ein größere Fläche in Reserve zu halten. Ein weiteres Problem ist die zunehmende Bodenversiegelung. Boden ist eine Ressource die nicht unendlich vorhanden ist. Deshalb sollte man sich jede Verbauung auf der grünen Wiese sorgfältig überlegen.

In Österreich werden täglich 12,9 Hektar Boden versiegelt. Umweltanwältin Hofrätin MMag. Ute Pöllinger hat in ihrer Einwendung zum Spielberger Flächenwidmungsplan darauf aufmerksam gemacht, dass einer großen Fläche an Neuausweisungen als Bauland nur wenige Rückwidmungen gegenüberstehen. MMag. Pöllinger: „Darüber hinaus darf der oberflächliche Umgang mit dem Schutzgut Boden hinterfragt werden.“

Die Errichtung eines Autohauses und der Casa Bugatti auf der grünen Wiese zeigen, dass die Einwendungen der Umweltanwältin in keiner Weise ernst genommen wurden. Anstatt immer neue Grünflächen zu bebauen bräuchte es ein regionales Flächenmanagement. In zahlreichen Gemeinden gibt es viele leerstehende Gebäude. Anstatt Grünland zu verbauen sollten bestehende Kapazitäten genutzt werden. Um die Standortkonkurrenz zwischen den Gemeinden zu beenden müsste die Kommunalabgabe (jene Steuer, die Betriebe an die Gemeinde zahlen) nach einem neuen System aufgeteilt werden.

Die neuen Geschäfte haben auch keine Anbindung an den öffentlichen Verkehr. So ist die Entstehung von mehr Autoverkehr vorprogrammiert. In Zeiten des Klimawandels sollte nur in sehr begründeten Ausnahmefällen Grünland verbaut werden und nicht noch mehr Autoverkehr erzeugt werden.

Interessante Videos auf Youtube:

„Die Anstalt“

politische Satiresendung

„Dr. Daniele Ganser“

Friedensforscher

Gedanken zu den Nationalratswahlen

Die Nationalratswahlen haben den erwarteten Sieg der Kurz-ÖVP und Verluste für FPÖ und SPÖ gebracht. Dass die Grünen mit dem Klimathema wieder hoch im Kurs sind hat sich abgezeichnet. Die Höhe der Gewinne war aber doch überraschend. Nun ist sogar einen Türkis/Grüne-Regierung möglich.

Die KPÖ hatte - wie immer - mit der undemokratischen Vier-Prozent-Hürde zu kämpfen. Viele Menschen die mit uns sympathisieren, sehen eine Stimme für die KPÖ bei der Nationalratswahl als verlorene Stimme. Wir konnten in der Steiermark bescheidene Zugewinne verzeichnen. In Spielberg haben wir 1,6 Prozent der Stimmen erhalten. **Wir bedanken uns bei unseren Wählerinnen und Wählern.**

Die FPÖ war auf Grund des Ibiza-Skandals und der Spesen-Affäre für viele nicht mehr wählbar. Die FPÖ-Ex-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein hat verkündet, dass man mit **150 Euro** im Monat leben kann. Nun wurde bekannt, dass die FPÖ ihrem Obmann ein monatliches Spesenkonto von **10.000 Euro** und einen Mietzuschuss von **2.500 Euro** bewilligt hat. Beträge, von denen eine Mindestpensionistin nur träumen kann. Das war zu viel.

Nachdem der ehemalige FPÖ-Politiker Ewald Stadler in eine Puls-Vier Diskussion von einem „System der Bedienung“ innerhalb der FPÖ gesprochen hat, darf man gespannt sein, was in den nächsten Tagen und Wochen noch aufgedeckt wird.

Die SPÖ hat das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte eingefahren. Vor den Wahlen wurden - wie immer - Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, einem Mindestlohn von 1.700 Euro oder einer Erbschaftssteuer aufgestellt. Aber jeder hat sich gefragt, warum wurden diese völlig berechtigten Anliegen in den Jahrzehnten einer SPÖ-geführten Regierung nicht schon längst umgesetzt ?

Die letzten Vorsitzenden der SPÖ kamen aus der Wirtschaft. Sie haben sich nach ihrer Politkarriere wieder in die Konzernspitzen verabschiedet. Unter einer SPÖ-Regierung wurde die Verstaatlichte verschärft, die Vermögens- und die Erbschaftssteuer abgeschafft und das steuerschonende Stiftungsrecht eingeführt. Die SPÖ hat vielen Verschlechterungen, z.B. beim Pensionsrecht oder den Arbeitszeitgesetzen zugestimmt.

Diese Aufzählung erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Damit hat die SPÖ völlig zu Recht das Vertrauen der arbeitenden Menschen verspielt. Nach den Wahlen werden nun wieder kämpferische Töne angeschlagen. Die Praxis wird aber wie gewohnt weitergehen: Links blinken und dann rechts abbiegen.

Viele WählerInnen - auch ArbeiterInnen und Angestellte - haben nun der Kurz-ÖVP das Vertrauen geschenkt. Dass die Wirtschaftspartei ÖVP mit ihren reichen Großspendern die Interessen der arbeitenden Menschen vertreten wird, wird sich bald als Illusion erweisen. Einige Verschlechterungen werden bald zu spüren sein. Andere - wie die Zerschlagung der Sozialversicherungen - werden sich erst in ein paar Jahren auswirken.

Auch die Zahl der Nicht-WählerInnen hat wieder zugenommen. In Spielberg ist die Wahlbeteiligung um erschreckende 10 Prozent, auf 60,6 Prozent gesunken. Auf der einen Seite ist die Frustration vieler Menschen verständlich. Aber gar nicht zur Wahl zu gehen oder alle paar Jahre ein Kreuzerl bei einer Partei zu machen und sich dann nicht mehr für Politik zu interessieren ändert nichts.

Die Erfahrungen der ArbeiterInnen- und anderer Bewegungen zeigen, dass jede Verbesserung erkämpft werden muss. Geschieht das nicht, gehen soziale Unsicherheit und Sozialabbau weiter.

www.kpoe-steiermark.at

Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

IN DER STEIERMARK



Ist das Bundesheer pleite?

In den letzten Monaten wurde von fast allen Parlamentsparteien verstärkt mehr Geld für das Bundesheer gefordert. Für uns Grund genug die Frage zu stellen: Ist das Heer wirklich pleite?

Tatsache ist, dass die Verteidigungsausgaben in den vergangenen drei Jahren so stark gestiegen sind wie kein anderer Budgetposten. Das Heeresbudget wurde um 17% erhöht. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum sanken die Ausgaben für Umweltschutz (-6,5%) sowie für Wohnen und Gemeinden (-5,9%) deutlich.

Geht es nach dem „grün-affinen“ Verteidigungsminister Brigadier Thomas Starlinger und einer rot-blau-pinken Parlamentsmehrheit sollen die Verteidigungsausgaben weiter deutlich steigen.

Während der Nationalrat einen Antrag beschlossen hat, nach dem das Heeresbudget bis 2021 um 37% steigen soll, fordert der Verteidigungsminister sogar 70% bis zum Jahr 2022.

Mit dem Argument, das Bundesheer stehe vor dem Konkurs, wird die öffentliche Meinung auf Aufrüstung eingeschworen. Die wahren Gründe, warum mehr Geld ins Heer fließen soll, ist aber nicht der Schutz der Bevölkerung.

Österreich ist über die „Ständige Strukturier-

Wer ist Thomas Starlinger?

Ein Blick auf die Karriere von Thomas Starlinger zeigt sofort, von der Neutralität kann der Verteidigungsminister nicht viel halten. Jahrelang war er Projektoffizier im EU-Militärstab und in der EU-Rüstungsagentur. Außerdem war er im „Kommando Operative Führung Eingreifkräfte“ der deutschen Bundeswehr tätig. Dieses Kommando führt Einsätze, unter anderem in Nordafrika, durch.

Dass ein österreichischer Offizier überhaupt bei der Bundeswehr eingesetzt wird zeigt, wie wenig die Neutralität ernst genommen wird. Dass der Verteidigungsminister als „grün-nahe“ gilt und Adjutant des Bundespräsidenten war, wirft auch ein erhellendes Licht auf die Grünen.

te Zusammenarbeit“ (SSZ) in das militärische Bündnissystem der EU eingebunden. Die SZ verpflichtet die Teilnehmerstaaten zur Erhöhung ihrer Militärausgaben. Deshalb der Druck das Militärbudget zu erhöhen.

Für die KPÖ ist die Aufrechterhaltung bzw. Wiedereinführung einer echten Neutralitätspolitik der beste Schutz der Bevölkerung. Wenn die Teilnahme an EU-Kampfgruppen, NATO-Auslandseinsätzen, aber auch Werbeveranstaltungen für die Rüstungsindustrie wie die Airpower, eingespart werden, bleiben genug Mittel für die Kernaufgaben des Bundesheeres.





KPÖ

**FRIEDENS
MARSCH
UND NEUTRALITÄTSFEIER**

SA., 26. OKTOBER | MÜRZZUSCHLAG

Die Kriegsgefahr steigt und unsere Neutralität wird immer mehr ausgehöhlt. Wir wollen ein Zeichen für Neutralität und Frieden setzen und laden Sie herzlich dazu ein mit uns nach Mürzzuschlag zu fahren. Die Busfahrt ist gratis.

Anmeldungen: KPÖ-Knittelfeld, Tel.: 03512/82240

*** Seit 1998 wurden rund 2,1 Mio. Euro an Menschen in Notlagen ausbezahlt**

Wussten Sie dass es bei der KPÖ eine Politbezugsobergrenze von 2.300 € gibt?

Alle Beträge darüber hinaus kommen in den KPÖ-Sozialfonds mit dem Menschen in Notlagen geholfen wird.*



**KPÖ-Klubobfrau
Claudia Klimt-Weithaler:**
Monatlicher Nettobezug:
6.219 €, davon monatlich in den
KPÖ-Sozialfonds: **3.919 €**



**KPÖ-Landtagsabgeordneter
Werner Murgg:**
Monatlicher Nettobezug:
3.181 € davon monatlich in den
KPÖ-Sozialfonds: **881 €**

Beide Abgeordneten haben keine weiteren Einkommen

Wem kann man noch vertrauen?



Mitmachen!



Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Im November wird eine neuer Landtag gewählt, im März ein neuer Gemeinderat. Beides sind wichtige Wahlen, denn alles was im Land und in der Gemeinde entschieden wird, hat Einfluss auf unser tägliches Leben.

Die KPÖ tritt bei beiden Wahlen an. Wir sind eine kritische Opposition. Wir zeigen auf, was unserer Meinung nach falsch läuft und versuchen Alternativen aufzuzeigen und Verbesserungen zu erreichen.

Wir haben ein offenes Ohr für die Anliegen der Menschen. Mit unseren „Spielberger Nachrichten“ informieren wir über vieles, was sonst hinter verschlossenen Türen verborgen bliebe.

**Sie möchten aktiv werden und eine starke Stimme für die Menschen sein?
Dann unterstützen Sie uns im Wahlkampf oder kandidieren Sie bei den**

nächsten Gemeinderatswahlen mit der KPÖ!

Kommen Sie vorbei oder melden Sie sich bei uns!

Friedensstraße 10, Knittelfeld-Spielberg, Telefon: 03512/82240, Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at,
Facebook: **KPÖ-Murtal** oder bei unseren GemeinderätInnen in Knittelfeld, Spielberg und Zeltweg.

KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding

